

Widerstand abseits
vom „20. Juli“

Verschwörer ohne Uniform

Manfred Funke

Den sechzigsten Jahrestag des „20. Juli“ markiert ein erneuter Produktionsschub zur Widerstandsliteratur. In der elektronischen Datei der NS-Bibliografie von Michael Ruck (Flensburg) haben wissenschaftliche Untersuchungen zum Themenfeld „Widerstand“ soeben die Zahl 2300 überstiegen. Die Fülle der Studien zu Akteuren, Regionen, Strukturen des Widerstandes, zu seiner Wahrnehmungs- und Wirkungstiefe – zumal auf die Gründerjahre beider deutscher Staaten – kann demnach nur mit einiger Grobheit anschaulich geordnet werden.

Bis Ende der sechziger Jahre galt der „20. Juli“ in der Bundesrepublik als Erinnerungsmonument couragierten Kämpfertums für Freiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit aus dem Mandat des Gewissens. Die Trägerschaft dieses Widerstandes wurde danach im Zuge sozialkritischer „Aufklärung“ zunehmend als „national-konservativ“ beziehungsweise „bürgerlich-aristokratisch“ etikettiert. Der „Widerstand von unten“, vornehmlich also die Selbstbehauptung und Beharrung von Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftern und heimlichen Helfern aus dem Volk, wurde zum großen neuen Themenfeld. Bald zeigte sich die Geschichte zunehmend politisiert. Die westdeutsche Affinität zur Widerstandsforschung in der DDR war deutlich.

Hier hatte bei Kriegsende die Kampfgemeinschaft gegen Hitler den ideologischen Zwist noch überdeckt. So hielt etwa Anton Ackermann (Zentralkomitee der

KPD im Moskauer Exil) in einem Vortragsmanuskript zum Stauffenberg-Attentat die Stichworte fest: „Schicksalsfrage – Leben und Tod: Sturz Hitlers und Frieden. Leben der Nation – jedes Mittel recht. Große vaterländische Tat. Hut ab! Tapfere Männer. Gehängte – Kämpfer für die Rettung von Volk und Vaterland.“ Zum ersten Jahrestag des „20. Juli“ gab es in der Sowjetzone Würdigungen von Ackermann, Jakob Kaiser und Otto Grotewohl. „Sie waren eingebettet in eine noch vorhandene generelle Sensibilität für den gesamten deutschen Widerstand“ (Ines Reich/Kurt Finker). Über 60 000 Berliner nahmen im September 1945 an einer Gedenkfeier für die Kämpfer gegen Hitler teil. Marion Gräfin Yorck von Warthenburg sprach am 22. September 1946 in Ostberlin vor Vertretern unterschiedlicher Widerstandsgruppen als Repräsentantin des Kreisauer Kreises.

Dies war die letzte Kundgebung, auf der Angehörige aller Widerstandsgruppen gemeinsam auftraten. Danach wurde der „Widerstand“ zur geistigen Waffe im Kalten Krieg mit zwei Stoßrichtungen gegen den Westen. Die erste interpretierte das Attentat der Männer um Stauffenberg als kapitalistisch-imperialistischen Versuch, Hitler loszuwerden, weil man ihn nicht mehr als Werkzeug der Volksausbeutung gebrauchen konnte. In der zweiten Front wurde die ursprüngliche Nähe der meisten Attentäter zu Hitler aufgedeckt. In der Tat hatten das nationale Bürgertum und vor allem junge, später im Widerstand aktive Offiziere den

Machtwechsel 1933 begrüßt. Denn er verhieß einen Wiederaufstieg Deutschlands ins Konzert der europäischen Großmächte. Die Erklärung deutscher Wehrhoheit im März 1935, das Flottenabkommen mit London drei Monate später, die Remilitarisierung des Rheinlandes am 7. März 1936, die Olympischen Spiele in Berlin 1936, dann der „Anschluss“ Österreichs 1938 legten auch kritische Geister an die Ketten nazistischer Propaganda und Triumphes.

Dann führte der Angriff auf Prag zur ersten Militäropposition um Generaloberst Beck. Doch die großen Siege der Blitzkriege betäubten erneut die Vernunft Vieler. Sie blieben taub gegen die Fühlungnahme des „Anderen Deutschland“. Ende 1940 standen Hitlers Truppen von Narvik bis zu den Pyrenäen, vom Atlantik bis jenseits der Weichsel. Vielleicht hätte die Beseitigung Hitlers zu diesem Zeitpunkt günstigstenfalls das Ende des Krieges ermöglicht, aber mit Sicherheit einen zweiten „Dolchstoß“, das heißt einen Bürgerkrieg in Deutschland ausgelöst. Als nach „Stalingrad“, „Casablanca“ und der Landung der Alliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie der Putsch gegen den Diktator endlich riskiert wurde, war es zu spät. Zu spät, um dem Verdacht zu entgehen, im letzten Moment Hitler für einen passablen Frieden zu opfern.

„Widerstand ohne Volk“

Aus dieser nicht nur von links verbreiteten Auffassung formten sich Rettungswiderstand und Resistenz, Genossenhilfe und Arbeitermut zur moralischen Gegeninstanz, die zumal in der jungen Forschergeneration der Bundesrepublik viel Sympathie fand. Eine Spätfolge wohl nicht zuletzt dessen, dass in der Adenauer-Ära der Arbeiterwiderstand eher registriert als gewürdigt worden war. Doch schon bald wurde dieser „Widerstand von unten“ zum Allerweltsbegriff. Im modischen Bewusstsein

verschob sich die wahrheitsbittere Tatsache, dass in der Diktatur nur das Militär staatsstreichfähig war und, abgesehen vom Einzeltäter Georg Elser, aus Arbeitermilieus und ihren sozialen Gruppierungen keine Sabotage-Zentren mit entsprechenden Befehlshäusern (wie etwa in der französischen Résistance) entstanden. Es fehlte dafür der schlagkräftige Unterbau. Alle Resistenz und Renitenz verhielt vor der Tatsache, dass der Widerstand ein „Widerstand ohne Volk“ (Hans Mommsen) war. Erst berauscht von Hitlers Siegen, dann im Luftkrieg mit der täglichen Organisation des Überlebens vollauf beschäftigt, irrlichterten die Deutschen einher zwischen Fatalismus und Überlebensschläue. Alexander Mitscherlich beobachtete zudem eine „ans Artistische grenzende Fähigkeit zur Selbstbeschwichtigung“ angesichts von Verfolgung und Verbrechen.

Nach dem Attentat am „20. Juli“ bezeugten die Sicherheitsdienst-Stimmungsberichte eine mehrheitliche Ablehnung des Angriffes auf den Führer in so schwerer Stunde deutschen Ringens. Zitat: „Geradezu auffallend ist, in welchem starkem Maße sich die Arbeiterschaft erneut zum Führer bekannt hat.“ Die Gemengelage der Auffassungen und Gefühle glich den feinen Verschabungen eines Palimpsests.

Verführung und Gewalt, Verfolgungstechniken und Isolation verhinderten eine breite Widerstandsbewegung. Dies, obgleich „in erster Linie die Anhänger und Funktionsträger der Arbeiterparteien, der Kommunisten und Sozialdemokraten [...] den meisten Verfolgungen ausgesetzt waren“ (Wolfgang Scheffler). Den Aktiven im Untergrund blieben nur bescheidenste Spielräume bei Verinselung ihrer Netzwerke.

Isolierung, Parzellierung und Liquidierung des Widerstandes waren das Ergebnis der nazistischen Angriffswucht auf die Staatsautorität ab Januar 1933.

Kaltschnäuzigste Überrumpelung, Brutalität des Parteiapparates und Köder sozialer Grundsicherung zerspalteten 5,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Sie konnten nach der „Machtergreifung“ nicht den neuen Männern in den Arm fallen, nachdem die alten versagt hatten. Nazistische Arbeiterpropaganda (Goebbels: „Der deutsche Kommunist ist der wahre Aristokrat.“) betäubte und lähmte. Die Wut über die Zerschlagung der Gewerkschaften fing das Regime mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ab. Sie überwachte die betrieblichen Rechte der Arbeitnehmer und kontrollierte die Arbeitgeber. Neue Arbeitsplätze, Aufbauhilfen und Urlaubsreisen („Kraft durch Freude“) reduzierten Protest auf Nörgeleien und Mitmachen. Ohne Rückhalt im Volk waren guerillamäßige Operationen unmöglich, zumal KPD- und SPD-Anhänger ihre ideologischen Grabenkämpfe fortsetzten und linke Solidarität allenfalls in den Konzentrationslagern bestand. Nur einmal gab es beim Arbeitskampf an der Saar (13. Juni 1935) einen Interessenverbund von „Sozialdemokratismus“ und „Moskauhörigkeit“, wie die Devisen innersozialistischer Todfeindschaft lauteten.

Todesurteile für Konspiranten

Das Widerstandsnetz war besonders dicht bei den Eisenbahnern. Im März 1936 gab es bei ihnen 137 Stützpunkte und 1320 Funktionsträger für den Aufstandsfall. Auf der Reichenberger Konferenz in der Tschechoslowakei im Juli 1935, Ort gesamtgewerkschaftlicher Selbstermutigung, war die Bildung „illegaler Reichsleitungen“ mit Auslandsvertretungen beschlossen worden. Doch Kommunikationsnöte, Verhaftungswellen, Organisationsschwächen und die konsumsüchtige Apathie der Massen verkürzten den Konspirationseifer auf Bewahrung der „Zel-

len“ für die „Stunde null“. Der Opfermut dabei wird hinter Zahlen sichtbar: Noch 1936 wurden im Reich 11 687 Personen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen. Nach Arno Klönne liegt die Zahl der amtlich erfassten und vollstreckten Todesurteile für politische Oppositionelle bei 25 000. „Bei den Hingerichteten und Ermordeten handelt es sich der großen Majorität nach um Arbeiter, darunter wieder mehrheitlich um Kommunisten.“

Deren Hingabe erhielt eine Oppositionsgesinnung lebendig, die Ende 1945 von der Sowjetzone als Grundstein des Antifaschismus geradezu autonom reklamiert wurde. Erst 1984, am vierzigsten Jahrestag des „20. Juli“, erklärte sich die Führung der DDR-Historiker auch zur Anerkennung des so genannten bürgerlichen Widerstandes bereit: „Wir würdigen nicht nur den persönlichen Mut der Kämpfer des 20. Juli, wir würdigen auch ihren Einsatz für die Interessen des Volkes.“ „Die gesellschaftlichen Vorstellungen des deutschen Widerstandes“, so wurde wohl mit dieser Erklärung allseits akzeptiert, „müssen aus den Voraussetzungen einer Zeit beurteilt werden, die sich als Epoche des Übergangs, der Zerstörung der gewachsenen geschichtlichen Formen begriff und die nach neuen universellen Lösungen suchte, ohne die Bindung an die historischen Prioritäten preiszugeben“ (Hans Mommsen).

Jenseits alles wissenschaftlich Diffizilen und moralisch Vertrackten bleibt das Vermächtnis des Widerstandes gegen die Masse der Deutschen damals wie heute in einer Mahnung Benjamin Franklins konzentriert: „Diejenigen, die wesentliche Freiheiten aufgeben, um ein wenig Sicherheit für den Augenblick zu erkaufen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“